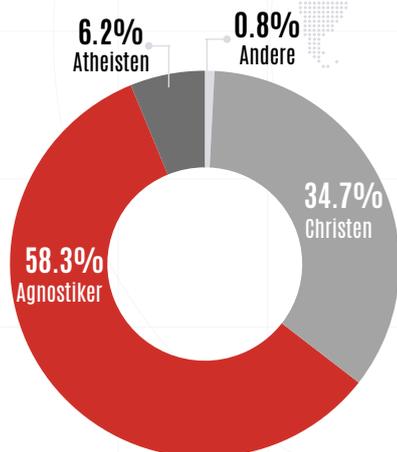




# TSCHECHISCHE REPUBLIK

## RELIGIONEN



Bevölkerung

**10,633,424**

BIP pro Kopf

**32,606 US\$**

Fläche

**78,868 Km<sup>2</sup>**

Gini-Index\*

**24.9**

\*Wirtschaftliche Ungleichheit

## DIE GESETZESLAGE ZUR RELIGIONSFREIHEIT UND DIE TATSÄCHLICHE ANWENDUNG

In der Tschechischen Republik ist der Schutz der Religionsfreiheit sowohl in der Verfassung<sup>1</sup> als auch in der Charta der Grundrechte und -freiheiten<sup>2</sup> ausdrücklich verankert. Die 1991 verabschiedete Charta legt fest, dass es keine Staatsreligion oder -ideologie gibt (Artikel 2, 1) und sichert allen Bürgern Grundrechte unabhängig von ihrer Religion oder ihrem Glauben zu (Artikel 3, 1). Artikel 15 (1 und 3) garantiert die Gedanken-, Gewissens- und Glaubensfreiheit sowie das Recht, die Religion zu wechseln oder sich zu keiner Religion zu bekennen. Ferner schützt die Charta das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Jedermann hat das Recht, seine Religion allein oder in Gemeinschaft mit anderen auszuüben, öffentlich oder privat, „durch Gottesdienst, Lehre, Praxis und Beachtung religiöser Bräuche“ (Artikel 16, 1).

In der Charta wird die Freiheit von Religionsgemeinschaften anerkannt, ihre eigenen Angelegenheiten ohne staatliche Einflussnahme zu verwalten, eigene Organe einzurichten, Geistliche zu ernennen und Ordensgemeinschaften zu schaffen (Artikel 16, 2). Die Religionsfreiheit darf gesetzlich nur eingeschränkt werden, wenn dies zum

Schutz der „öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Gesundheit und Moral oder der Rechte und Freiheiten Anderer“ unumgänglich ist (Artikel 16, 4).

Verbrechen, die aufgrund von religiösem Hass begangen werden, stellen strafrechtlich einen erschwerenden Umstand dar<sup>3</sup>. Die öffentliche Diffamierung einer Personengruppe aufgrund ihrer religiösen Ansichten oder deren Fehlen ist gesetzeswidrig (Artikel 355 Strafgesetzbuch, 1-2), ebenso wie jedwede Aufstachelung zum Hass gegen eine Religion (Artikel 356 Strafgesetzbuch, 1-3). Im November 2018 erinnerte die tschechische Polizei in einem Post in den sozialen Medien daran, dass Hassreden im Internet strafbar sind.<sup>4</sup>

Das Gesetz über Religionsfreiheit<sup>5</sup> beschreibt das Verfahren, das Religionsgemeinschaften zur Eintragung beim Kultusministerium durchlaufen müssen. Eine Eintragung ist zwar nicht erforderlich (Artikel 4), der Staat erkennt jedoch nur eingetragene Gemeinschaften an. Mit dem Antrag auf Eintragung müssen folgende Dokumente eingereicht werden: Die Gründungs- und Betriebsunterlagen, die grundlegenden Glaubenssätze, eine Erklärung, dass die Organisation die Gesetze respektiert und anderen Religionen gegenüber tolerant ist, sowie eine Liste mit Unterschriften von 300 erwachsenen Mitgliedern, die entweder

Staatsbürger oder ständige Bewohner der Tschechischen Republik sind (Artikel 10).

Eingetragene Kirchen haben die Möglichkeit, einen Sonderstatus gemäß Artikel 11 zu beantragen, wenn sie ordnungsgemäß registriert sind und mindestens zehn Jahre lang jährliche Tätigkeitsberichte veröffentlicht haben. Außerdem müssen sie nachweisen, dass mindestens 0,1 % der Bevölkerung Mitglied ihrer Gemeinschaft sind. Mit einem solchen Status kann eine Kirche in den Genuss von Steuervergünstigungen und staatlichen Geldern kommen, Schulen aufbauen, Religionsunterricht in öffentlichen Schulen durchführen, Seelsorge im Militär und in Gefängnissen anbieten sowie Ehen schließen (Artikel 7). Im Jahr 2020 gab es 41 eingetragene Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie vier noch nicht beschiedene und 21 abgelehnte Anträge.<sup>6</sup>

Im Mai 2019 wurde ein Gesetz verabschiedet, das eine Besteuerung der Entschädigungszahlungen vorsieht, die an Kirchen geleistet wurden, deren Vermögen während des kommunistischen Regimes beschlagnahmt wurde. Das Gesetz wurde jedoch später vom Verfassungsgericht wieder aufgehoben.<sup>7</sup>

## VORFÄLLE UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Im Jahresbericht über Extremismus 2019 berichtet das Ministerium des Inneren (Mdi) von wachsender „Aggressivität und Vulgarität der Hassreden“ im Internet, einschließlich einer Zunahme von Neonazi-Aktivitäten.<sup>8</sup> Der Bericht hebt hervor, dass fremden- und migrationsfeindliche Gruppen die Extremismus-Szene dominierten und oftmals durch „Desinformationsmedien“ angestachelt würden.<sup>9</sup> Die Polizei hat 144 Personen eines Verbrechens aufgrund von rassistischen, ethnischen oder anderen Hassmotiven beschuldigt.<sup>10</sup>

Das Mdi hat berichtet, dass vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Isolation der muslimischen Gemeinschaften das „Risiko der religiösen Radikalisierung auch in der Tschechischen Republik nicht vermieden werden kann“.<sup>11</sup> Im Abschnitt der Begutachtung religiös motivierter extremistischer Vorfälle nennt der genannte Bericht den Prozess gegen Dominik Koblunický, einen Anhänger des Islamischen Staats, der einen Terroranschlag in Prešov vorbereitet hatte.<sup>12</sup>

Aufgrund der „Verfechter extremistischer Auslegungen des Islam [...] werden ganze Gruppen als riskant, gefähr-

lich und extremistisch wahrgenommen.“ Ein derartiges Umfeld an Misstrauen, das sich insbesondere in den sozialen Medien manifestiere, könne sich zu einer „Brutstätte der Radikalisierung“ entwickeln.<sup>13</sup>

Jüdische Gruppen äußern sich besorgt über die zunehmende neonazistische Rhetorik.<sup>14</sup> Die Federation of Jewish Communities (Bund der Jüdischen Gemeinschaften) hat angemerkt, dass neonazistische, nationalistische und islamische Gruppen, einschließlich der Muslim Union (Muslimische Union), antisemitisches Gedankengut äußern. Im Juli 2019 bestätigte der tschechische Oberste Gerichtshof die Urteile von Gerichten der unteren Instanzen gegen eine Reihe von Angeklagten, die der Diffamierung und Aufhetzung gegen Juden und Muslime und der Leugnung des Holocausts für schuldig befunden worden waren. Das Oberste Gericht verwies darauf, dass sich der Schutz der Meinungsfreiheit nicht auf Äußerungen von Hass erstreckt.<sup>15</sup>

Der Bund der Jüdischen Gemeinschaften meldete 694 antisemitische Vorfälle im Jahr 2019 – doppelt so viele wie 2018 – 95% davon im Internet. Körperliche Übergriffe wurden nicht gemeldet, allerdings gab es drei Überfälle auf jüdische Grundstücke, unter anderem wurden ein Hakenkreuz und „Heil Hitler“ auf den Alten Jüdischen Friedhof in Prag geschmiert.<sup>16</sup>

Die Sorgen um die Religionsfreiheit und Angst vor religiöser Verfolgung werden auch auf der Jahreskonferenz der Karolina-Universität aufgegriffen, in deren Anschluss hunderte religiöse und staatliche Gebäude in Prag und anderen Städten der Tschechischen Republik rot angestrahlt werden. Die Veranstaltung mit dem Namen „Cervena Streda“ („Roter Mittwoch“) findet seit 2017 regelmäßig Ende November statt und zieht immer mehr öffentliche Aufmerksamkeit auf sich.<sup>17</sup> Sie wird gemeinsam organisiert von der Karolina-Universität, der Katholischen Bischofskonferenz, dem Bund der Jüdischen Gemeinschaften, dem Ökumenischen Rat der Kirchen sowie dem Think Tank KDP und dem Hilfswerk „Kirche in Not“.

Im Oktober 2020 wurde aufgrund der Corona-Pandemie der Notstand ausgerufen, der zu Einschränkungen bei öffentlichen Versammlungen führte. Da Versammlungen innerhalb von Gebäuden auf sechs Personen begrenzt worden waren, wurde im selben Monat in Prag eine Messe unter freiem Himmel abgehalten. In Anbetracht der Lage sagte der zelebrierende Priester, dass er die Gründe für die Einschränkungen zwar verstehe, es aber „absurd“ sei, dass sich andere Gruppen, wie politische Parteien,

mit bis zu 100 Personen treffen dürften.<sup>18</sup>

## PERSPEKTIVEN FÜR DIE RELIGIONSFREIHEIT

Insgesamt hat sich gezeigt, dass es keine nennenswerten neuen oder verstärkten staatlichen Einschränkungen der Religionsfreiheit im Berichtszeitraum gegeben hat. Der wachsende Antisemitismus und die Intoleranz gegenüber Muslimen, vor allem im Internet, sollten jedoch beide als mögliche Auslöser physischer Gewalt genauer beobachtet werden.

## ENDNOTEN / QUELLEN

- 1 Tschechische Republik 1993 (überarb. 2013), Constitute Project, [https://www.constituteproject.org/constitution/Czech\\_Republic\\_2013?lang=en](https://www.constituteproject.org/constitution/Czech_Republic_2013?lang=en) (abgerufen am 16. Dezember 2020).
- 2 Charter of Fundamental Rights and Freedoms 1992 (überarb. 1998), Ústavní Soud, [https://www.usoud.cz/fileadmin/user\\_upload/ustavni\\_soud\\_www/Pravni\\_uprava/AJ/Listina\\_English\\_version.pdf](https://www.usoud.cz/fileadmin/user_upload/ustavni_soud_www/Pravni_uprava/AJ/Listina_English_version.pdf) (abgerufen am 1. September 2020).
- 3 Artikel 42 (b), Criminal Code of the Czech Republic 2009 (überarb. 2011), Legislation Online, [https://www.legislationonline.org/download/id/6370/file/Czech%20Republic\\_CC\\_2009\\_am2011\\_en.pdf](https://www.legislationonline.org/download/id/6370/file/Czech%20Republic_CC_2009_am2011_en.pdf) (abgerufen am 1. September 2020).
- 4 "Online hate speech is punishable with jail tie, warn police," REMIX, 29. November 2018, <https://rmx.news/article/article/online-hate-speech-punishable-jail-time-warn-police> (abgerufen am 15. Oktober 2020).
- 5 "Zákon č. 3/2002 Sb.," Zákony pro lidi, <https://www.zakonyprolidi.cz/cs/2002-3> (abgerufen am 1. September 2020).
- 6 "Data registrace církví a náboženských společností a svazů církví a náboženských společností," Ministerstvo Kultury, <https://www.mkcr.cz/data-registrace-cirkvi-a-nabozenskych-spolecnosti-a-svazu-cirkvi-a-nabozenskych-spolecnosti-464.html> (abgerufen am 11. November 2020).
- 7 "Czech Constitutional Court cancels taxation of restitution paid to churches," Expats CZ, 15. Oktober 2019, <https://news.expats.cz/weekly-czech-news/czech-constitutional-court-cancels-taxation-of-restitution-paid-to-churches/> (abgerufen am 25. Oktober 2020).
- 8 Report on Manifestations of Extremism and Prejudicial Hatred in the Territory of the Czech Republic in 2019, Ministry of the Interior Security Policy Department, 2020, S. 7, <https://www.mvcz.cz/mvcren/file/final-report-on-extremism-2019-pdf.aspx> (abgerufen am 4. November 2020).
- 9 ebd., Seiten 9-11.
- 10 ebd.
- 11 ebd.
- 12 ebd., S. 14.
- 13 ebd., Seiten 14-15.
- 14 ebd., S. 8.
- 15 ebd., Seiten 17-18.
- 16 "Annual Report on Manifestations of Antisemitism in the Czech Republic in 2019," Federation of Jewish Communities, Czech Republic, 2019, Seiten 31-32, <https://www.fzo.cz/en/wp-content/uploads/Elektronick%c3%a1-data-FZO-VZ19-ENG.pdf> (abgerufen am 5. November 2020).
- 17 Czech Bishops Conference website: <https://www.cirkev.cz/cs/cervena-streda> (abgerufen am 27. Januar 2020).
- 18 "Dozens gather in Prague for outdoor Catholic mass," Euronews, 18. Oktober 2020, <https://www.euronews.com/2020/10/18/dozens-gather-in-prague-for-outdoor-catholic-mass-amid-covid-19-restrictions> (abgerufen am 11. November 2020).